

Pressemitteilung vom 14. Dezember 2017

Tschechien treibt hinter den Kulissen umweltschädliche Planungen zur Staustufe Děčín voran BUND prüft EU-Vertragsverletzungsverfahren

Die tschechische Regierung hat ein strategisches Schifffahrtskonzept genehmigt, ohne die vorgeschriebene grenzüberschreitende Beteiligung deutscher Behörden und der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Damit verstößt Tschechien gegen internationales und europäisches Recht. Auch die umstrittene Staustufe Děčín nahe der deutsch-tschechischen Grenze ist Teil des Konzeptes. Weil auch negative Umweltauswirkungen in Deutschland zu befürchten sind, wird die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Tschechien prüfen müssen.

In einem Offenen Brief fordert der Umweltverband von der Regierung in Tschechien, die grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen unter anderem an der Elbe zu berücksichtigen. Ebenso sei eine Intervention der deutschen Regierung nötig, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Tschechien die Planungen zurücknimmt. Alle weiteren Schritte müssen ausgesetzt werden, bis die vorgeschriebene grenzüberschreitende Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit abgeschlossen sind“, forderte Weiger.

Umweltverbände, Öffentlichkeit und sogar Bundes- und Landesbehörden in Deutschland haben sich bei bisherigen öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Staustufe Děčín wiederholt sehr kritisch positioniert. „Die tschechische Regierung versucht nun, die Kritik zu umschiffen, um das Großprojekt durchzusetzen, obwohl schwerwiegende ökologische Auswirkungen drohen“, sagte der BUND-Vorsitzende. Von erheblichen negativen Umweltauswirkungen seien nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützte Gebiete auf der deutschen Seite betroffen sowie gefährdete Tierarten wie der Lachs.

„Die tschechische Regierung bricht geltendes EU-Recht und die Espoo-Konvention, das internationale Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen“, sagte Felix Ekardt, Umweltrechtler und Vorsitzender des BUND Sachsen. „Paradoxiertweise ist in den tschechischen Unterlagen von der Verbundenheit der Lebensräume die Rede, zugleich wird aber behauptet, dass deutsche Schutzgebiete nicht betroffen wären. Umweltauswirkungen machen aber nicht an nationalen Grenzen Halt“, so Ekardt. Das tschechische Umweltministerium müsse eine grenzüberschreitende Strategische Umweltprüfung zum Schifffahrtskonzept durchführen und Behörden und Öffentlichkeit in Deutschland beteiligen, forderte der BUND-Umweltrechtsexperte.

Der BUND verweist seit Jahren auf die Fehlplanung bei der Staustufe Děčín. Selbst wenn die Befahrbarkeit für Güterschiffe nach einem Staustufenbau in Tschechien gegeben wäre, ist auf der deutschen Elbe spätestens bei Niedrigwasser die Fahrt beendet. In den letzten vier Jahren kam die Schifffahrt jedes Jahr für lange Zeit zum Erliegen – 2015 waren es sieben Monate. Die Transportmengen auf der Elbe tendieren gegen Null.

Offener Brief des BUND an die tschechische Regierung, Hintergrundinformationen zum Staustufenprojekt Děčín, Stellungnahme des BUND zum Staustufenprojekt Děčín:

www.bund-sachsen.de/elbe

Pressekontakt:

Prof. Dr. Felix Ekardt, BUND Sachsen, felix.ekardt@bund-sachsen.de, Tel. 0341 49 27 78 66,
Iris Brunar, BUND-Elbeprojekt, iris.brunar@bund.net, Tel.: 0340 850 79 78, Mobil: 0178 163 02 04
BUND-Pressestelle, Tel.: 030 275 86 497, presse@bund.net, www.bund.net

Zum Staustufenprojekt Děčín:

Seit Anfang der 1990er Jahre plant Tschechien weitere Staustufen an der Elbe nahe der Grenze zu Deutschland mit dem Ziel, die Schiffbarkeit bis Hamburg sicherzustellen. Nun hat Tschechien ein Schifffahrtskonzept entworfen. Da grenzüberschreitende Auswirkungen mit dem Bau der Staustufe zu erwarten sind, müssen auch Bundes- und Landesbehörden sowie die Öffentlichkeit in Deutschland bei der Prüfung auf die Umweltauswirkungen beteiligt werden.

Zusammenfassung des Briefes an die tschechische Regierung:

Wir wenden uns an Sie, weil von tschechischen Behörden eine Strategische Umweltprüfung (SUP) für ein Schifffahrtskonzept durchgeführt wurde, ohne die vorgeschriebene grenzüberschreitende Beteiligung von deutschen Behörden und Öffentlichkeit sicherzustellen. Wir halten das für widerrechtlich und erwägen weitergehende Schritte aus den folgenden Gründen:

- Die deutsche Öffentlichkeit, Naturschutzorganisationen und Fachbehörden konnten sich zu absehbaren negativen Auswirkungen nicht äußern.
- Es wurde gegen die Espoo-Konvention verstoßen, die eine Beteiligung des Nachbarstaates bei Vorhaben mit grenzüberschreitenden Auswirkungen vorschreibt.
- Erhebliche negative Auswirkungen an der tschechischen Elbe enden nicht einfach an der Staatsgrenze, sondern wirken sich auf die deutsche Seite u.a. auf FFH-Schutzgebiete und auf Populationen von gefährdeten Arten wie dem Lachs aus. Das wurde nicht berücksichtigt.
- Ein überwiegendes öffentliches Interesse an dem beabsichtigten Staustufenbau ist nicht gegeben. Es liegen Alternativen für den Gütertransport vor, daher kann angesichts der Umweltschäden keine Ausnahmegenehmigung erteilt werden.
- Das tschechische Schifffahrtskonzept, insbesondere der Bau der Staustufe Děčín, ist nicht mit der Schiffbarkeit der deutschen Elbe in Einklang zu bringen. Mit einer Fahrrinntiefe von 1,90 m wäre die gestaute Elbe bei Děčín um einen Meter tiefer als die deutsche Elbe in den Jahren 2014 bis 2017, als nur eine Mindestfahrtiefe von 92 cm an 345 Tagen im Jahr gewährleistet werden konnte.
- Aufgrund der lang anhaltenden Niedrigwasserperioden der deutschen Elbe würde nach dem Bau der Staustufe Děčín der Gütertransport per Schiff nicht zunehmen. Das Projekt wäre eine teure Fehlinvestition.

Der BUND fordert das tschechische Umweltministerium auf, seine Stellungnahme vom 26. Mai 2017 zum Entwurf des Schifffahrtskonzeptes zurückzunehmen und eine grenzüberschreitende Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit in Deutschland im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung zum Schifffahrtskonzept durchzuführen.